

Die Abwicklung der DDR, Österreich und der Fall Manfred Buhr

Die Geschichte der verhinderten Gastprofessur für Manfred Buhr an der Universität Innsbruck im Studienjahr 1991/92

MARTIN KRENN

Der Rezeption der DDR in politischer Hinsicht entsprach die Klassifizierung ihres Wissenschafts- und Forschungssektors durch die bundesdeutsche „Siegermacht“ mit Sitz in Bonn: „Diktatur“ und „Wissenschaftswüste Ost“ schienen zu einander ergänzenden Begrifflichkeiten zu mutieren, die der Inbesitznahme des Ostens durch den Westen – Fritz Vilmar, ehemals Mitglied der Grundwertekommission der SPD, spricht etwa von der „strukturellen Kolonialisierung der DDR“¹ – die möglichst umfassende Abwicklung der DDR-eigenen Institutionen und ihres Personals in logischer Entsprechung gegenüber stellten. Werner Röhrs großangelegtes Werk zur Abwicklung der historischen Institute an den ostdeutschen Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen² gibt von diesem Prozess beredtes wie faktenreiches Zeugnis und deckt sich mit der vom Verfasser vorgelegten Einzelstudie zur Geschichte des Instituts für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin nach dem 3. Oktober 1990.³ Die DDR-Wissenschaftler, insbesondere im Bereich der Geisteswissenschaften, galten fortan als hochideologisierte Vertreter eines rein parteipolitisch ausgerichteten Wissenschaftsparadigmas, das, so der mehr oder weniger einstimmige Kanon der bald nach dem Vollzug der „deutschen Einheit“ eingesetzten Evaluierer vom Wissenschaftsrat,⁴ in methodischer wie empirischer Hinsicht mit „moderner“ Wissenschaftlichkeit nicht vereinbar wäre. Auf Einzelfallüberprüfungen hinsichtlich der je vorhandenen Kompetenz, Leistung oder politischen „Belastung“ konnte vor diesem allgemeinen Hintergrund sodann generös verzichtet werden.

Man mag in diesem heute vielfach kritisierten Prozess der gerne als „Wiedervereinigung“ apostrophierten und inszenierten Inkorporierung der DDR in die politische und wirtschaftliche Ordnung der BRD das typische Muster einer einseitig verlaufenden Staatensukzession erkennen. Noch weitgehend unerforscht ist die Rolle der – mangels Brüsseler Diktat noch im Vollbesitz ihrer staatlichen Souveränität stehenden – Repu-

blik Österreich in diesen Jahren, was nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, dass die einschlägigen archivischen Materialien bis dato der gesetzlichen Sperrfrist unterliegen. Auch die Frage der spezifischen Haltung der österreichischen Hochschulen oder einzelner österreichischer Universitäten zur „deutschen Frage“ 1989/90 und zum (neuen?) Umgang mit den nun wiedervereinigten ostdeutschen Hochschulen verharret weitgehend ungeklärt, wie überhaupt eine ostdeutsch-österreichische bzw. deutsch-österreichisch-deutsche Wissenschaftsgeschichte bislang ein Desiderat geblieben ist, angesichts der „Brückenfunktion“ Österreichs bei der Herstellung von Wissenschaftsbeziehungen zwischen West- und Ostblock jedoch ein lohnendes historiographisches Unterfangen wäre.⁵

Innsbrucker Initiativen

Vor diesem allgemeinen Hintergrund lassen sich kaum mehr als schlaglichtartige Einblicke in die Rezeption der Abwicklung des ostdeutschen Wissenschafts- und Hochschulsektors durch österreichische Universitäten gewinnen. Einzelne historische Institute etwa nahmen kritisch Stellung zu den Vorgängen im nördlichen Nachbarland (so etwa das Institut für Geschichte der Universität Wien), wobei die Initiative oftmals von einzelnen Personen ausging. Auch personelle Solidaritätsbekundungen und -handlungen sind bezeugt, etwa an der Universität Wien, wo sich Michael Weinzierl (1950–2002) und Alfred Kohler erfolgreich um eine Gastprofessur für Klaus Vetter bemühten, der in einem unrühmlichen, auf zweifelhaften Indizien beruhenden Verfahren von seiner Stammuniversität, der Humboldt-Universität zu Berlin, gerade entlassen worden war.⁶

Bereits unmittelbar nach der „Wende“ ist auch auf der Universität Innsbruck der – im Vergleich zu Wien letztlich erfolglose – Versuch bezeugt, durch „gelebte Solidarität“ (Eduard Rabofsky)⁷ DDR-Forschern im neutralen Österreich eine institutionelle Fortsetzung ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit zu ermöglichen. So bemühte sich in Innsbruck noch kurz

vor der staatsrechtlich fixierten „Wiedervereinigung“ im Oktober 1990 eine Gruppe fortschrittlicher Wissenschaftler um die beiden Historiker Gerhard Oberkofler und Helmut Reinalter, den langjährigen Leiter des Zentralinstituts für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Manfred Buhr (1927–2008), als Gastprofessor für das Wintersemester 1991/92 an die Leopold-Franzens-Universität Innsbruck zu gewinnen.

Es ist nun nicht der Zweck des vorliegenden Aufsatzes, eine endgültige Beurteilung des philosophischen Werkes und wissenschaftspolitischen Wirkens von Manfred Buhr darzubieten (zu verweisen sei hier lediglich auf einen nach wie vor lesenswerten *Zeit*-Artikel vom 11. September 1992⁸), sondern die Vorgänge um die gescheiterte „Berufung“ Buhrs nach Innsbruck im historischen Rückblick darzustellen. Zweifellos handelte es sich bei Buhr um einen der exponiertesten Geisteswissenschaftler der DDR, wobei seine wissenschaftsorganisatorischen Verdienste, etwa im Zusammenhang mit den großen deutsch-deutschen Akademie-Ausgaben von Fichte und Schelling (herausgegeben von der Münchener Akademie), und seine Bemühungen um die Herstellung und Aufrechterhaltung eines funktionierenden Austausches von west-/ostdeutschen bzw. west-/osteuropäischen Philosophen auch in der Bonner Bundesrepublik breite Anerkennung fanden.⁹ Nicht zuletzt diese breite internationale Vernetzung war es auch, die Oberkofler und Reinalter im Rahmen ihres gemeinsamen Antrags vom 25. September 1990 ins Treffen führten, mit dem sie die Gastprofessur Buhr beim Vorstand des Instituts für Geschichte der Universität Innsbruck (Josef Riedmann) offiziell erreichten.¹⁰ Die Umstände schienen jedenfalls günstig: Aufgrund eines internen, gewohnheitsrechtlich gehandhabten Turnus' am Institut hinsichtlich der Besetzung von Gastprofessuren sahen sich Oberkofler und Reinalter in die Lage versetzt, einen derartigen Vorschlag gewissermaßen ex officio zu unterbreiten.¹¹

Thematisch sollte die Gastprofessur auf ein wissenschaftshistorisches-philosophisches

sophiegeschichtliches Thema lauten, das zweifelsohne zu den Kernforschungsbereichen Buhrs gehörte: „Französische Revolution und das Denken des Deutschen Idealismus“. Argumentativ untermauerten Oberkofler und Reinalter ihren Vorschlag zudem damit, dass es sich bei Buhr nicht nur um einen „weltweit hochgeschätzten Wissenschaftshistoriker und humanistischen Philosophen“ handeln würde. Seine Gewinnung als Gastprofessor mit einer Lehrverpflichtung von 6 Semesterwochenstunden (Seminar und Vorlesung) würde zudem „das Lehrangebot des Instituts für Geschichte qualitativ erkennbar erweitern“.¹² Noch vor der entscheidenden Institutskonferenz vom 17. Oktober 1990, wo über den Antrag formell abgestimmt werden sollte, hatte sich das Institut in Person von Institutsvorstands-Stellvertreter Johann Rainer (Ordinarius für Österreichische Geschichte) und dem Vorsitzenden der Studienkommission Geschichte, Franz Mathis (Wirtschafts- und Sozialgeschichte), gegenüber dem Dekanat der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck unter Leitung von Elmar Kornexl (Sportwissenschaften) für Buhr stark gemacht und den Antrag Oberkofler/Reinalters „im Sinne einer Erweiterung des Lehrangebots unterstützt und wärmstens befürwortet“.¹³

In der angesprochenen Institutskonferenz vom 17. Oktober 1990 fand nun der Antrag einhellige Zustimmung,¹⁴ wobei in der offiziellen Begründung nun zusätzlich angegeben wurde, dass sich durch Buhrs Engagement in Innsbruck das Lehrangebot um internationale Komponenten verdichten ließe und zudem Oberkofler und Reinalter „durch die persönliche Konfrontation und Kooperation mit Buhr für ihre eigenen Forschungsschwerpunkte eine erhebliche Innovation“ erwarten dürften.¹⁵ Dies erschien nicht nur im Falle Oberkoflers, sondern auch Reinalters als durchaus einsichtig, hatte Letzterer doch eine Professur für Neuere Geschichte und Politische Philosophie inne und sich mit einschlägigen Publikationen zur Aufklärungs- und Ideengeschichte Europas hervorgetan.

Nach dem solcherart erfolgten Placet erging am 22. Oktober 1990 die Verständigung des Instituts für Geschichte der Universität Innsbruck durch Johann Rainer an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Wien über die Beantragung der Gastprofessur für Buhr für das Wintersemester 1991/92.¹⁶ Das Formblatt trug hiebei auch die Sichtver-

merke vom Dekan der Geisteswissenschaftlichen Fakultät sowie vom Rektor der Universität Innsbruck. Mit Datum 30. Oktober 1990 wandte sich Kornexl schließlich auch dekanatsoffiziell an das zuständige Wiener Ministerium und legte das Ansuchen der Gastprofessur für Buhr „mit der Bitte um positive Erledigung“ vor.¹⁷ Der formell noch fehlende Fakultätsbeschluss, so Kornexl, werde nachgereicht. Um nämlich dem inneruniversitären Selbstverwaltungsprozedere Genüge zu tun und den Vorgang der Bestellung Buhrs zum Gastprofessur abschließen zu können, war noch die finale Zustimmung seitens der Fakultät erforderlich, weshalb der Punkt unter Top 15 auf die Tagesordnung der Fakultätssitzung vom 18. Jänner 1991 aufgenommen wurde.¹⁸ Für Oberkofler und Reinalter, den maßgeblichen Proponenten, handelte es sich hierbei allerdings nur noch um eine reine Formalität des „Abnicken“ eines von einer autonomen universitären Subeinheit (eben dem Institut für Geschichte) erarbeiteten Vorschlags.¹⁹ Gerade dies sollte es jedoch im Fall Buhr nicht werden.

Widerstand und Gegenoffensiven

Nach entsprechender Vorbereitung artikulierte Wolfgang Röd (1926–2014), Ordinarius am Philosophischen Institut der Universität Innsbruck und, ebenso wie etwa Hans Heinz Holz, Vertreter eines problemgeschichtlichen Zugangs in der Philosophie der Neuzeit,²⁰ in der der Fakultätssitzung vorangehenden Sitzung der Professorenkurie vom 16. Jänner 1991 seine Vorbehalte gegenüber dem Vorschlag des Instituts für Geschichte. Röd argumentierte dabei in zweierlei Richtung: Einerseits stellte er grundsätzlich infrage, wieso das Institut für Geschichte den Philosophen Buhr – ohne Rücksprache mit dem Innsbrucker Fachinstitut – zum Gastprofessor ernennen wollte.²¹ Auf der anderen Seite zielte er frontal auf die politische Einstellung Buhrs: In dessen Publikationen würde mehrfach und an exponierter Stelle das Wort „Klassenkampf“ vorkommen.²²

Die von Röd ausgehende Gegenoffensive zeitigte rasch Erfolg. So gelang es ihm, einzelne Mitglieder des Instituts für Geschichte für seine Vorbehalte gegenüber Buhr zu gewinnen. Auf der Fakultätssitzung vom 18. Jänner 1991 schwenkte nun auch Riedmann auf die Position Röds ein.²³ Inhaltlich wurde von Röd und Riedmann damit argumentiert, dass die Verleihung einer Gastprofessur an das ehemalige SED-Mitglied und den



Manfred Buhr (links) und Eduard Rabofsky im Februar 1987

nach wie vor überzeugten Marxisten Buhr der Reputation der Universität Innsbruck abträglich sein würde. Namens der Antragsteller replizierte Oberkofler darauf, dass seiner Ansicht nach die Person Manfred Buhr nur als willkommener Anlassfall genommen wurde, um das „Scheitern der DDR zur Liquidierung jedes Denkens und Handelns“ zu benutzen, das „auf eine materialistische Sicht der Weltzustände und Weltgeschichte hin orientiert“. Es könne nun aber die in der österreichischen Bundesverfassung garantierte Lehr- und Forschungsfreiheit der Wissenschaft „nicht nach dem Belieben Einzelner suspendiert werden. Die diesbezüglichen Bestimmungen der österreichischen Verfassung sind ungeteilt und dieser zufolge darf eine kommunistische Gesinnung nicht im Ansatz zur Diskriminierung Anlaß geben.“²⁴ Als geradezu verleumderisch betrachtete Oberkofler zudem das verdicktbeladene Kalkül, aus einer SED-Mitgliedschaft den Automatismus von nutznießerischer persönlicher Vorteilsannahme sowie verbrecherischer Grundgesinnung zu deduzieren.

Nach längerer Diskussion beschloss die Fakultät jedenfalls mit Stimmenmehrheit, den Antrag an das Institut für Geschichte zurück zu verweisen, wo er, so die Fakultät, einer neuerlichen Diskussion zugeführt werden sollte. Bereits am 24. Jänner 1991 tagte die Institutskonferenz, wo nach neuerlicher Diskussion jedoch eine Art „Beharrungsbeschluss“ per Mehrheitsvotum gefällt

wurde: Die Einladung an Manfred Buhr für eine Gastprofessur sollte weiterhin aufrechterhalten werden.²⁵

Abseits des offiziellen Prozessgangs auf der Universität wurde Buhr die Entwicklung durch Oberkofler im persönlichen Verkehr umgehend zur Kenntnis gebracht. Buhr zeigte sich ernüchert („Daß die Sache so ausgeht, hätte ich nicht gedacht“²⁶), sah den Vorgang aber gleichzeitig in einem größeren Zusammenhang. In drastischen Worten, denen eine gewisse Empörung über die Inkriminierung seiner Person nicht abzusprechen ist, sah er „eine Mafia am Werke“, die „alles plattwalzen möchte, was irgendwie nach Marxismus riecht oder noch riechen könnte“.²⁷

Derweil war die Innsbrucker Initiative im akademischen In- wie Ausland nicht unbemerkt geblieben; ein Beleg für die oftmalige Kleinheit der universitären Welt auch in internetlosen Zeiten. In Berlin waren die Gegner Buhrs an der Akademie der Wissenschaften hellhörig geworden und wandten sich in einem mit 21. Februar 1991 datierten Schreiben an den Grazer Ordinarius für Soziologie Karl Acham, der international bestens vernetzt war und etwa als Experte des bundesrepublikanischen Wissenschaftsrates firmierte. In diesem Brief wurde Acham bedeutet, dass allein die Diskussion einer Gastprofessur Buhrs einer „öffentliche[n] Ohrfeige für all jene“ gleichkomme, „die unter seiner Ägide schikaniert und drangsaliert worden sind“.²⁸ Acham seinerseits schrieb nun unmittelbar nach Erhalt dieser Zeilen an Dekan Kornexl in Innsbruck und ließ dabei keinerlei Zweifel aufkommen, was er von der angedachten Bedenkung Buhrs mit einer Gastprofessur hielt: Dieser sei „eine der maßgeblichen schiedsrichterlichen Instanzen in ideologiepolitischen Fragen“ der DDR gewesen, habe „inquisitorische Praktiken“ an den Tag gelegt und überhaupt „jede ihrer Parteilinie unbequeme Kritik mit Gewalt unterbunden“. Für Acham kam daher der angedachten Gastprofessur einer „Weißwäscherei“ Buhrs gleich, wobei er es als „degoutant“ betrachtete, dass „nun offenbar Philosophen und Parteiideologen im Rang von Politikommissaren in Österreich vereinzelt Unterstützung in dem Bestreben finden, sich durch ihre Integration in die von ihnen früher als ‚bürgerlich‘ apostrophierten (und meist arg denunzierten) Wissenschaftseinrichtungen weißwaschen zu lassen“.²⁹

In einem weiteren Schreiben von Ende März 1991, dieses Mal direkt an Röd

adressiert und in Kopie auch an Reinalter, Kornexl und Reinhold Bichler (Alte Geschichte) übermittelt, untermauerte Acham nicht nur seine grundsätzliche Ablehnung Buhrs mit dessen politischer Ausrichtung („unversöhnlicher Dogmatiker in seinem Verhalten gegenüber der sogenannten bürgerlichen Philosophie, aber auch gegenüber Fachkollegen in der ehemaligen DDR“³⁰). Auch verknüpfte er, wie im zweiten Halbsatz seiner allgemeinen Einschätzung angedeutet, konkret den Fall Peter Ruben³¹ direkt mit einer persönlichen Verantwortlichkeit Buhrs und schreckte dabei auch nicht vor der historisch unrichtigen Behauptung zurück, Ruben und seine Mitstreiter wären vom Zentralinstitut für Philosophie entlassen worden.³² Acham erachtete es jedenfalls in einem durchwegs pejorativen Schlusswort für „fatal, aufgrund der Misere, in welcher sich derzeit die ehemalige DDR befindet, gerade mit Leuten wie Buhr Mitleid zu haben. Man sollte ihn in der von ihm selbst gewählten Frühpension belassen, in der er gewiß als ehemaliger Spitzenverdiener im Wissenschaftsbereich der DDR ein passables Auslangen finden kann. Man sollte aber nicht durch eine Gastprofessur für Buhr in Innsbruck jene verhöhnern, die unter ihm und seinesgleichen früher zu leiden hatten [...]“.³³

Bereits knapp vor diesen Zeilen hatten sich auch Befürworter der Innsbrucker Gastprofessur bei Oberkofler gemeldet, so etwa der – erst kürzlich verstorbene – Ordinarius für Rechtsphilosophie an der Juridischen Fakultät Innsbruck, Michael Fischer (1945–2014), sowie der langjährige Institutsvorstand des Instituts für Philosophie an der Universität Wien, Erich Heintel (1912–2000). Beide zeichneten dabei ein Bild von Buhr, wie es konträrer zu jenem Achams und Röds nicht hätte sein können, wiewohl auch sie schwerlich dem Lager des Marxismus zuordbar waren. Fischer freute sich „ganz besonders“ über die „tolle Sache“ und strich zudem heraus, dass Buhr nicht nur immer ein „offenes Gespräch“ ermöglichen wollte, sondern auch „immer wieder regimekritische Leute gefördert hat“;³⁴ Heintel wiederum unterstützte das Vorhaben, da er „Herrn Buhr als Philosoph und Philosophiehistoriker seiner gediegenen Kenntnisse wegen schätze“.³⁵ Auch gewichtige Stimmen aus dem bundesrepublikanischen Ausland (etwa Reinhard Lauth) hatten sich derweil zu Wort gemeldet und sich für die Innsbrucker Initiative mit dem Verweis ausgesprochen, „innerdeutsche

Auseinandersetzungen“ nicht nach Österreich zu übertragen.³⁶

Es herrschte zu diesem Zeitpunkt also durchaus eine Pattstellung von Befürwortern und Gegnern einer Gastprofessur für Buhr an der Universität Innsbruck vor. Die Tatsache, dass auch Angehörige anderer österreichischer Universitäten Stellung bezogen, mag jedoch verdeutlichen, dass es sich hier offensichtlich um eine Frage von übergeordnetem Interesse handelte. In Innsbruck sah die Fakultätsleitung nun in der Einholung von internationalen „Fachgutachten“ über die Person Buhr, ein durchaus ungewöhnlicher Schritt allemal, eine Möglichkeit des adäquaten Umgangs mit der Situation. Hatte schon Acham der Innsbrucker Universitätsführung vorgeschlagen, durch Kontaktierung einschlägiger Wissenschaftler ein „authentisches Bild“ von Buhr zu erhalten,³⁷ so waren nun Kornexl und Bichler bereits vor Erhalt von Achams in Kopie auch an sie ergangenen Zeilen an Röd daran gegangen, westdeutsche Philosophen um die Abgabe einer Stellungnahme zu ersuchen – etwa den international renommierten Hegel-Forscher Dieter Henrich (Universität München) oder Friedrich Rapp (Universität Dortmund). Man sei, so das Dekanat in den entsprechenden Begleitschreiben, zu diesem Vorgehen genötigt, da Stimmen laut geworden waren, „die die ernste Besorgnis zum Ausdruck bringen“, die Verleihung der Gastprofessur an Buhr würde „die wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch nicht zu verantwortende Ehrenrettung eines Spitzenrepräsentanten einer ideologisch auf Kampflinie getrimmten marxistisch-leninistischen Kaderwissenschaft“ bedeuten.³⁸ Angesichts der Mittelstellung, die das Dekanat nun in der Auseinandersetzung zwischen Buhr-Befürwortern und Gegnern einnehme, wolle man sich „um Referenzauskünfte bemühen“.³⁹

Henrich wie Rapp kamen dem Wunsch, über das wissenschaftspolitische und wissenschaftliche Wirken Buhrs zu „gutachten“, in der Folge in durchaus differenzierter Form nach. Ersterer, langjähriger Präsident der *Internationalen Hegel-Vereinigung*, machte etwa auf die Verdienste Buhrs in der Förderung der Zusammenarbeit und des wissenschaftlichen Austausches zwischen der von ihm präsierten Gesellschaft und dem Zentralinstitut für Philosophie aufmerksam, in dessen Gefolge „auch weniger privilegierte Akademie-Mitarbeiter, zum Teil zum ersten Mal, im Westen Vorträge halten konnten“. Zudem würdigte

Henrich die unter Buhrs Ägide verantworteten Forschungsunternehmen an der Akademie als „*durchaus westlichen Maßstäben gerecht*“. Direkt an die Adresse Achams gerichtet, wies Henrich zudem auf die Gefahren einer Verurteilungslogik hin, die sich nur aus der simplen Tatsache speiste, in der DDR eine gehobene Funktion eingenommen zu haben: „*Eine solche Kritik würde erst dann entscheidend sein, wenn sie ein verwerfliches Verhalten aufweist, das noch von den in sich selbst zu kritisierenden Funktionsweisen eines ideologisch stabilisierenden Herrschaftssystems unterschieden werden kann. Aus der Zeit meiner Kooperation mit Herrn Buhr in delikaten politischen Problemlagen ist mir ein solches Verhalten nicht bekannt geworden.*“⁴⁰ Ähnlich der Befund Rapps, in Buhr einen „*kultivierten, problembewußten und dialogfähigen Gesprächspartner*“ kennengelernt zu haben, der „*historisch solide gearbeitet und im Rahmen der ideologischen Vorgaben des Marxismus-Leninismus durchaus auch kritisch reflektierte Positionen vertreten*“ habe.⁴¹

Widerstand gegen die Gastprofessur machte sich nun jedoch auch im Institut für Geschichte bemerkbar, wo nun eigeninitiativ einzelne Personen zeitgleich mit dem Dekanat daran gingen, „*Gutachten*“ über Buhr einzuholen und diese der Fakultät zu übermitteln.⁴² Welcher Art diese Gutachten waren und wie diese überhaupt zustande kamen, lässt sich geradezu paradigmatisch an der Auskunft des Althistorikers Vladimir Iliescu ablesen. Dieser war aufgrund einer privaten Bekanntschaft von der Institutsangehörigen Marianne Zörner um eine Stellungnahme gebeten worden, wiewohl er niemals in der DDR, sondern an der rumänischen Universität Constanta unterrichtet hatte. Iliescu „*Gutachten*“ liest sich konsequenterweise auch als Manifest haltlos-beleidigender Anschuldigungen, die in geradezu orakelhafter Manie(r) eine Generalverurteilung führender DDR-Wissenschaftler aussprachen. „*Solche Menschen*“, so Iliescu mit Bezug auf Buhrs Leitungsfunktion, „*waren eine Plage und ein Alptraum für ihre Kollegen und Mitmenschen. Es kommt noch dazu, daß Prof. Buhr anscheinend auch als Mensch [...] vollkommen versagte und die Karriere zahlreicher Wissenschaftler, wenn nicht beendet, so doch schwer beeinträchtigt hat*“.⁴³

Das Scheitern der Gastprofessur

Die Geisteswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck sprach sich

schließlich in der entscheidenden Fakultätssitzung vom 19. April 1991 gegen die Einladung von Buhr nach Innsbruck aus – und zwar aus dezidiert politischen Gründen. Zurückgegriffen wurde dabei abermals auf eine von Röd formulierte „*Protokoll-Erklärung*“, die in vier Punkten „*schwerwiegende Bedenken*“ gegen eine Gastprofessur Buhrs in Innsbruck formulierte, da diese „*als Billigung der von Buhr geübten politischen Praxis und deren ideologischer Grundlage verstanden werden würde*“.⁴⁴ Dieser – im Anhang im Wortlaut abgedruckten – Erklärung kam eine Schlüsselrolle bei der Verhinderung Buhrs zu. Oberkofler reagierte hierauf nach Rücksprache mit Buhr⁴⁵ in der Fakultätssitzung mit einer elf Punkte umfassenden Replik, die nochmals eingehend auf die demokratische Entscheidungsfindung am Institut für Geschichte verwies, bei der „*von Anfang an ausschließlich die international unbestrittene wissenschaftliche Qualifikation*“ von Buhr den Ausschlag für seine Einladung zum Gastprofessor gegeben habe.⁴⁶ Gegenüber den auf Buhrs politische Ansichten bzw. wissenschaftliche Positionen abzielenden Argumenten konstatierte Oberkofler zudem lapidar: „*Im Übrigen gilt es festzuhalten, daß die wissenschaftlichen Ansichten von M. Buhr nicht strafbar waren und es auch in der Gegenwart (noch) nicht sind.*“ Hinsichtlich der eingesetzten Gutachter stellte Oberkofler fest, dass durch diese Vorgehensweise das Institut für Geschichte „*unter Kuratel gestellt*“ worden sei. Zudem sei „*das akademische Leben zutiefst verletzt worden, weil M. Buhr nicht Gelegenheit gegeben wurde, zu den von den Professoren Röd, Acham und anderen erhobenen ehrenrührigen Vorwürfen selbst Stellung zu nehmen*“. Die Fakultät treffe, so Oberkofler abschließend, daher „*einen Entscheidung auch darüber, ob sie sich dem Druck aus dem großen nördlichen Nachbarn beugt oder ob sie sich den wirklich liberalen Wissenschaftstraditionen verpflichtet fühlt*“.⁴⁷



Am Grab Hegels während des Internationalen Hegel-Kongresses 1970 in Berlin: Teodor Oiserman, Pawel Kopnin, Manfred Buhr (v.l.n.r.).

Eine nochmalige Wende konnte jedoch auch mit diesem eindringlichen Appell Oberkoflers nicht erreicht werden – die Gastprofessur für Buhr war inneruniversitär erledigt. Ende April sah sich daher Oberkofler veranlasst, Fischer und Heintel zu verständigen, die im Vorfeld die Innsbrucker Initiative dezidiert begrüßt hatten: Wegen „*der massiven, von Professor Röd organisierten Opposition*“ sei die Gastprofessur für Buhr nicht zustande gekommen.⁴⁸ In einem Schreiben an den *Verein zur Förderung der fortschrittlichen Wissenschaft* vom Mai 1991 fasste Oberkofler jedenfalls den Charakter des Scheiterns seiner Initiative wie folgt zusammen: „*Unabhängig von der Persönlichkeit Buhr soll mit diesem Entscheid materialistisches Denken diskriminiert und die Wissenschaft in Österreich an ‚Deutsche Zustände‘ orientiert werden.*“⁴⁹

Ende Mai 1991 teilte Dekan Kornexl das Ergebnis auch Buhr persönlich mit. So sei die negative Entscheidung allein dadurch zustande gekommen, „*daß es der Fakultät zum derzeitigen Zeitpunkt nicht günstig erschien, eine Person, die SED-Mitglied war und in dieser Funktion die Wissenschaftspolitik der DDR wesentlich mitbestimmte, zu einer Gastprofessur nach Innsbruck einzuladen*“.⁵⁰ Unbestritten und unbestreitbar sei darüber hinaus jedoch Buhrs wissenschaftliche Qualifikation. Mit dem Antwortschreiben Buhrs an Kornexl vom 10. Juli 1991 war der Fall – zumindest für Buhr –

abgeschlossen. Legte Buhr zuvor noch Wert auf die Feststellung, sich auf der Universität „weder als Pfortner noch als Gastprofessor“ beworben zu haben (siehe Anhang),⁵¹ so wollte er sich nun „jeder weiteren Frage und Äußerung“ enthalten, „um nicht weiteren Gerüchten und Legenden Nahrung zu geben“. Gleichzeitig war er aber davon überzeugt, dass „die Dinge in einiger Zeit anders gesehen werden“. Buhrs Schlusswort in diesem Zusammenhang kann allgemeine Geltung beanspruchen: „Die ‚Jetztzeit‘ läßt wenig Raum für Sachlichkeit.“⁵²

Epilog

Ungeachtet seiner Fähigkeit zur nüchternen Reflexion der Vorgänge ließ Buhr die Entwicklung in Innsbruck auf persönlicher Ebene keineswegs unbeeindruckt. In einer Postkarte aus Paris vom 26. April 1991 bemerkte er gegenüber Oberkofler: „Ich bin hier sehr glücklich, weil es hier noch Menschen und sogar Marxisten gibt! Gestern bin ich Mitarbeiter des E.N.R.S. geworden – ohne Gutachten und ‚Briefe‘ und Proteste.“⁵³

Abseits davon versuchte er jedoch umgehend, die gescheiterte Initiative (bzw. „Innsbrucker Geschichte“, wie er sie bezeichnete) als Ausdruck einer objektiven historischen Situation und „Moment in einer größeren Sache“⁵⁴ zu betrachten, womit die mit der materiellen einhergehende „geistige“ Abwicklung der DDR gemeint war. Auch ließ er gegenüber Oberkofler selbstkritisch anklingen, dass man „bestimmte Verfahrensweisen und Haltungen von bestimmten Leuten unterschätzt“ habe.⁵⁵

Buhrs Brief an Gerhard Oberkofler im Vorfeld der Weihnachtsfeiertage 1991 stellt in diesem Zusammenhang nicht nur den subjektiven Schlussakkord zum Scheitern der Innsbrucker Initiative dar, sondern sollte in düsterer Voraussicht auch den Weg bezeichnen, den ein Großteil der institutionell „abgewickelten“ DDR-Wissenschaftler zu gehen hatten: „Das jetzt zu Ende gehende Jahr war sicher kein schönes, wohl aber ein lehrreiches. Illusionen sind unangebracht. Wahrscheinlich müssen wir in der Vereinzelung unseren Weg fortzuführen versuchen.“⁵⁶ Im August 1992 konstatierte er, weniger resignativ denn ernüchtert: „Über Österreich mache ich mir keine Illusionen.“⁵⁷

In einem mit Gerhard Oberkofler und Peter Goller geführten ausführlichen Gespräch aus dem Jahr 1992 antwortete Manfred Buhr auf die Bemerkung, dass im „wiedervereinigten“ Deutschland der philosophischen Forschung in der DDR

der rein parteiliche Reflex einer politischen Linie nachgesagt werde: „Ich bemühe mich diesen Meldungen entgegenzutreten und dabei ein wenig zu dokumentieren, was gelegentlich bezweifelt oder in Abrede gestellt wird, nämlich daß in jenem zweiten deutschen Staat, der kein natürliches Gebilde, sondern ein Ergebnis des zweiten Weltkrieges war, was übrigens auch für den anderen deutschen Staat gegolten hat, philosophisch gedacht, geforscht, geschrieben und auch gelitten wurde.“ Buhr erweist sich hier als differenzierter Analytiker des akademischen Wissenschaftsbetriebs in der DDR, dessen 1992 großteils in Abwicklung befindlichem Personal er zudem empfahl, „unser Denken nicht von einem anpassenden Rückenkrümmen vor neuen Autoritäten und ihren ‚neuen‘ Heilsparen abhängig zu machen“.⁵⁸

Welchen Charakter die deutsche „Wiedervereinigung“ abseits des nationalen Taumels nehmen sollte, zeigen dabei nicht nur die Vorfälle im sächsischen Hoyerswerda (mehrtägige, pogromartige Übergriffe auf ein Vertragsarbeiter- und Asylwerberheim), sondern auch beiläufige Zeilen von Buhr an Oberkofler. Kurz vor einem Telefonat zwischen ihnen im April 1992 habe ihn „meine kleine Chinesin“ angerufen, „die als Aspirantin 1 1/2 Jahre bei mir war bis die Scheiße losging und ich sie nach Hause schicken mußte, weil sie fortlaufend angepöbeln wurde (Fremdenhaß)“.⁵⁹

Anhang

1. Protokoll-Erklärung von Wolfgang Röd auf der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck am 19.4.1991 betreffend den Antrag auf Bewilligung einer Gastprofessur für den pensionierten Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR Manfred Buhr (Kopie masch.)

1) Zu der von Buhr als Direktor des Zentralinstituts für Philosophie an der AdW der DDR geübten politischen Praxis ist zu bemerken, daß sie die Umsetzung seiner dogmatischen Position bzw. der jeweiligen Position der SED darstellte. Buhr hat die Parteilinie mit aller Härte gegenüber Vertretern abweichender Meinungen durchgesetzt, indem unter seiner Leitung Mitglieder des Zentralinstituts um ihren Arbeitsplatz gebracht sowie mit Lehr- und Publikationsverbot belegt wurden. Dies geht aus dem Bericht der Unabhängigen Kommission des

Zentralinstituts für Philosophie der AdW der DDR eindeutig hervor [...].

2) Die von Buhr geübte repressive Praxis entspricht seiner theoretischen Einstellung, die aggressiv klassenkämpferischen Charakter hat. Wissenschaftlicher Pluralismus und liberale Einstellung werden von ihm scharf abgelehnt. [...] Da er der marxistisch-leninistischen Ideologie die Aufgabe zuweist, die westliche Philosophie in allen ihren Richtungen zu bekämpfen, wäre es grotesk, wenn ihm eine österreichische Fakultät Gelegenheit bieten wollte, als Gastprofessor seinen klassenkämpferischen Zielen zu dienen.

3) Im Frühling 1990 hat sich der am 9.2.1990 gewählte neue Wissenschaftliche Rat des Instituts in seiner Erklärung, die in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie (7/1990) veröffentlicht wurde, bei den in der Ära Buhr Verfolgten entschuldigt. Das läßt erkennen, daß sich selbst die früher von Buhr geleitete Institution von diesem distanziert. [...]

4) Buhr wird in verschiedenen Veröffentlichungen als wichtigster Exponent der Kader-Philosophie der SED dargestellt. Eine Einladung Buhrs zu einer Gastprofessur wäre daher international ein absolut verfehltes Signal, wie sie auch nicht im Interesse der Leopold-Franzens-Universität liegen kann.

Innsbruck, 19.4.91
Wolfgang Röd m.p.

2. Manfred Buhr an Elmar Kornexl, 3.5.1991 (Original masch.)

Spektabilität!

Sie werden sicher Verständnis dafür haben, wenn ich Sie bitte, mir sämtliche Unterlagen der sogenannten Causa Buhr zur Verfügung zu stellen. Da Teile dieser Unterlagen sowieso öffentlich gehandelt werden, so ist meine Bitte sicher nicht unbillig.

Meine Bitte gründet sich darin, daß ich

- 1) während des ganzen Verfahrens (Vorschlag des Historischen Instituts, mich als Gastprofessur zu berufen) nicht in Kenntnis gesetzt oder gehört worden bin,
- 2) ich mich an der Universität Innsbruck zu keiner Zeit beworben habe (weder als Pfortner noch als Gastprofessor),
- 3) meine Menschenwürde durch bestimmte Aspekte des Verfahrens zutiefst beleidigt worden ist,
- 4) ich während des ganzen Verfahrens bloßes Objekt war, und zwar Objekt auch von Legenden und Lügen,
- 5) mir durch die Art und Weise des Verfahrens Schaden entstanden ist.

Bitte nehmen Sie meine vorgetragenen Gründe nicht als Vorwurf, sondern als Begründung meiner Bitte an Sie.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie meiner Bitte entsprechen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr M. Buhr m.p.

Anmerkungen:

* Die vorliegende Arbeit wurde durch ein Aktenkonvolut ermöglicht, das Gerhard Oberkofler dem Verfasser im Sommer 2013 übergeben hat. Für diese großzügige Geste sei ihm an dieser Stelle herzlich gedankt.

1/ Siehe hier und weiterführend gegen den Begriff der einfachen „Transformation“ Vilmar, Fritz (Hg.): *Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen*. Berlin 2000, darin insbes. ders.: *Zum Begriff der Strukturellen Kolonialisierung der DDR* (S. 21–31).

2/ Röhr, Werner: *Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR*, Bd. 1 (Analyse einer Zerstörung) und 2 (Analyse ausgewählter Forschungen). Berlin 2011 und 2012.

3/ Krenn, Martin: *Die so genannte Abwicklung des Instituts für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin*. Diplomarbeit Universität Wien 2009 (Drucklegung in Vorbereitung).

4/ Sehr BRD-freundlich zuletzt Bartz, Olaf: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart 2007, insbes. S. 158ff.

5/ Für die Germanistik stellte etwa die noch von Bruno Kreisky 1964 gegründete *Internationale Lenau-Gesellschaft* ein derartiges Forum dar (siehe Bachmaier, Peter: *Die Wissenschaftspolitik in Osteuropa von 1945 bis 1993*, in: König, Christoph (Hg.): *Germanistik in Mittel- und Osteuropa 1945–1992*. Berlin 1995, S. 30–40, hier S. 36f.), für die ostösterreichische Geschichtswissenschaft das Internationale Kulturhistorische Symposium Mogersdorf (siehe zuletzt Sperl, Karin: *Pannonische Kooperationen*, in: *Scrinium* 66 (2012), S. 29–34, hier S. 31).

6/ Fischer, Petra: „Persönlich ungeeignet“. Das Abwicklungsverfahren an der Humboldt Universität zu Berlin und der Beispielfall des Prof. Dr. Klaus Vetter. Diplomarbeit Universität Wien 2007.

7/ Zit. nach einer Mitteilung von Gerhard Oberkofler an den Verfasser, 18.8.2014.

8/ Dill, Alexander: *Weise erdenken neue Gedanken, Narren verbreiten sie*, in: *Die Zeit*, Nr. 38, 11.9.1992, S. 66.

9/ Darauf hat nicht zuletzt Reinhard Lauth, Ordinarius für Allgemeine Philosophie an der Ludwig Maximilian Universität München und erster deutscher Gastprofessor in Israel (1968), in seinem Leserbrief an die *junge Welt* vom 2.12.1999 hingewiesen, der Buhrs Einsatz für die Fichte-Gesamtausgabe Ende der 1950er Jahre sogar als „wagemutig“ bezeichnete.

10/ Helmut Reinalter und Gerhard Oberkofler an

Josef Riedmann, 25.9.1990. Hier und im Folgenden: im Besitz des Verfassers.

11/ Mitteilung von Gerhard Oberkofler an den Verfasser, 18.8.2014.

12/ Helmut Reinalter und Gerhard Oberkofler an Josef Riedmann, 25.9.1990.

13/ Johann Rainer und Franz Mathis an Elmar Kornexl, 3.10.1990.

14/ Oberkofler, Gerhard: *Wie verhindert wurde, daß Manfred Buhr als Gastprofessor nach Österreich kommt*. Unveröffentlichtes Manuskript, Bl. 1. Im Folgenden zit. als Oberkofler: Manuskript.

15/ Beschluss der Institutskonferenz für Geschichte hinsichtlich der Bestellung von Manfred Buhr zum Gastprofessor vom 17.10.1990, Bl. 3.

16/ Johann Rainer an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, 22.10.1990.

17/ Elmar Kornexl an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, 30.10.1990.

18/ Oberkofler: Manuskript, Bl. 1.

19/ Mitteilung von Gerhard Oberkofler an den Verfasser, 18.8.2014.

20/ Siehe etwa Röd, Wolfgang: *Dialektische Philosophie der Neuzeit*. München 1986².

21/ Ersichtlich aus: Gerhard Oberkofler, *Separat-Votum auf der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck am 18.1.1991*, Bl. 1 sowie Oberkofler: Manuskript, Bl. 2.

22/ Ersichtlich aus ebd.

23/ Ersichtlich aus ebd.

24/ Gerhard Oberkofler, *Separat-Votum auf der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck am 18.1.1991*, Bl. 2.

25/ Oberkofler: Manuskript, Bl. 3.

26/ Manfred Buhr an Gerhard Oberkofler, 19.1.1991. Hervorhebung im Original.

27/ Ebd.

28/ Zit. bei: Karl Acham an Elmar Kornexl, 27.2.1991, Bl. 1.

29/ Ebd., Bl. 1f.

30/ Karl Acham an Wolfgang Röd, 27.3.1991, Bl. 1.

31/ Siehe hier die durchaus ausgewogene Darstellung bei Maffei, Stefania: *Zwischen Wissenschaft und Politik. Transformationen der DDR-Philosophie 1945–1993*. Frankfurt/M. 2007, S. 127ff., die institutionentypische Konkurrenzverhältnisse (hier zwischen Peter Ruben und Herbert Hörz) für die späteren Maßregelungen mitverantwortlich macht.

32/ Karl Acham an Wolfgang Röd, 27.3.1991, Bl. 2.

33/ Ebd.

34/ Michael Fischer an Gerhard Oberkofler, 30.1.1991.

35/ Erich Heintel an Gerhard Oberkofler, 7.2.1991.

36/ Reinhard Lauth an Erich Heintel, 31.1.1991. Lauth vergaß dabei nicht, darauf hinzuweisen, dass er selbst kein Marxist sei, sich aber dagegen verwehre, Leute nur aufgrund der Tatsache, „daß jemand überzeugter Marxist ist und als solcher lehrfähig war“, zu verurteilen.

37/ Karl Acham an Wolfgang Röd, 27.3.1991, Bl. 2.

38/ Elmar Kornexl an Dieter Henrich, 13.3.1991, Bl. 1. Siehe auch die gleichlautenden Briefe an Friedrich Rapp und Jürgen Mittelstraß.

39/ Ebd., Bl. 2.

40/ Dieter Henrich an Elmar Kornexl, 24.3.1991, Bl. 1–3.

41/ Friedrich Rapp an Elmar Kornexl, 27.3.1991, Bl. 2.

42/ Marianne Zörner an Elmar Kornexl, 8.4.1991.

43/ Vladimir Iliescu an Marianne Zörner, 25.3.1991.

44/ Protokoll-Erklärung von Wolfgang Röd auf der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck vom 19.4.1991, Bl. 1.

45/ Manfred Buhr an Gerhard Oberkofler, 8.4.1991 sowie Manfred Buhr an Gerhard Oberkofler, 11.4.1991.

46/ Stellungnahme von Gerhard Oberkofler zur Gastprofessur von Manfred Buhr auf der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck am 19.4.1991, Bl. 2.

47/ Ebd., Bl. 3 und 5.

48/ Gerhard Oberkofler an Michael Fischer, 24.4.1991.

49/ Gerhard Oberkofler an den Verein zur Förderung der Fortschrittlichen Wissenschaft, 11.5.1991.

50/ Elmar Kornexl an Manfred Buhr, 22.5.1991, Bl. 1.

51/ Manfred Buhr an Helmut Reinalter, 3.5.1991 sowie Manfred Buhr an Elmar Kornexl, 3.5.1991. Siehe auch bereits zuvor Buhrs Schreiben an Gerhard Oberkofler vom 8.4.1991. In Letzterem beklagte er die kursierenden Gerüchte zu seiner Person wie folgt: „Die ‚Welt‘ wird verrückt gemacht, ohne daß ich davon in Kenntnis gesetzt werde oder die Möglichkeit habe, dazu Stellung zu nehmen.“

52/ Manfred Buhr an Elmar Kornexl, 10.7.1991.

53/ Manfred

Buhr an Ger-

hard Oberko-

fler, 26.4.1991.

54/ Manfred

Buhr an Ger-

hard Oberko-

fler, 24.7.1991.

55/ Manfred

Buhr an Ger-

hard Oberko-

fler, 28.6.1991.

56/ Manfred

Buhr an Ger-

hard Oberko-

fler, 14.12.1991.

57/ Manfred

Buhr an Ger-

hard Oberko-

fler, 25.8.1992.

58/ Über die Historische Vernunft und die Zukunft

der Linken. Ein Gespräch mit Manfred Buhr, hg.

von Gerhard Oberkofler und Peter Goller. Inns-

bruck 1992, S. 25.

59/ Manfred

Buhr an Ger-

hard Oberko-

fler, 20.4.1992.

